

# Betrifft Gymnasium

Das Info für niedersächsische Gymnasien



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Niedersachsen / Fachgruppe Gymnasien

Berliner Allee 16 · 30175 Hannover  
Telefon: 05 11 / 33 80 4-0

[www.gew-nds.de](http://www.gew-nds.de)

April  
2008

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit Beginn der Osterferien äußerte sich die KMK am 6. März zu „Flexibilisierungsmöglichkeiten“ beim Abitur nach 12 Jahren. Die Vorschläge, die in Niedersachsen zum Teil schon umgesetzt sind, zeigen eher Hilflosigkeit. Dennoch müssen vorhandene sinnvolle Ansätze eingefordert und umgesetzt werden.

Noch vor den Osterferien erschien im Spiegel (Nr. 9, 2008) ein Interview mit Frau Schavan. Angesprochen auf die Probleme, die mit der verkürzten Gymnasialzeit aufgebrochen sind, antwortet sie, dass wir in Deutschland nachvollzögen, was in anderen Ländern längst Standard sei. Europa wachse eben zusammen, und das gelte auch für Schule. Die jungen Heranwachsenden würden künstlich zurückgehalten vom Studium oder anderen Ausbildungen, wenn sie ihr Abitur erst nach 13 Schuljahren erhielten. Im internationalen Vergleich bedeute dies, geringere Chancen zu haben.

Und da haben wir die Antworten, die durch ihre ewigen Wiederholungen nicht wahrer werden. Bedeutet „Europa“ wirklich die Notwendigkeit der Gleichmacherei? Geht es nicht eher gerade darum, innerhalb eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes kulturell eigenständige und bewährte Traditionen aufrechtzuerhalten? Dazu gehören in Deutschland 13 Schuljahre, in denen nach wie vor, trotz aller Restriktionen und zunehmender Arbeitsbelastung, Lehrerinnen und Lehrer sich um guten Unterricht bemühen und das schulische Leben mit Sport, Theater, Musik und vielen fächerübergreifenden und anderen kreativen Projekten aufrechterhalten, um eine notwendige Gegen- und Verantwortungskultur zu entwickeln, die den Angeboten der Glotze und der Spaßgesellschaft die Stirn bietet. Da gerade im 12. Jahrgang noch einmal ein Entwicklungsschub der Schülerinnen und Schüler in Richtung „Erwachsenwerden“ festzustellen ist, wird in der bisherigen Sekundarstufe II - eben auch noch nicht einseitig spezialisiert wie an der Uni - ein allgemeines, hohes und breites Reflexions- und Handlungsniveau erreicht. Dass Lernen Mühe braucht, dass es die „Umwege“ sind, die sinnvolles Lernen geradezu fördern, ist in BG immer wieder betont worden und braucht hier nicht mehr erneut begründet werden. Der gesellschaftliche (im Sinne von reflektiertem Verantwortungsbewusstsein) und persönliche Gewinn von 13 Schuljahren ist nicht hoch genug anzusetzen. Die formal quantifizierenden und vergleichenden Begründungen in Bezug auf die Schulzeitverkürzung gehen ins Leere. Im internationalen Vergleich wäre also zu fragen, was können unsere Schülerinnen und Schüler eigentlich nach 13 Jahren, was können Schülerinnen und Schüler in anderen Ländern nach 12 Jahren? Vermutlich würde die Empirie zeigen, dass wir sehr gut dastünden, z. B. wenn wir hören, was Schülerinnen und Schüler nach Auslandsaufenthalten berichten.

Wenn Frau Schavan schließlich auf die Frage, ob sich nicht die soziale Ungleichheit verschärfe, da die Nachhilfeinstitute großen Zulauf hätten, sich dies aber viele nicht leisten könnten, antwortet, dass „mehr Nachhilfe (...) kein Hinweis auf die steigende Angst (sei) zu versagen“, sondern „Ausdruck des Ehrgeizes, die Noten zu verbessern“, beinhaltet dies mehr als Klitterung der Wirklichkeit. Und wenn es für Schülerinnen und Schüler nicht gut sein soll, sie 13 Jahre „künstlich in der Rolle von Schülern zu halten“, so schwingt hier die ganze Vorurteilspalette gegenüber Schule mit, die uns Lehrerinnen und Lehrern die Arbeit erschwert.

Die G8-Reformer haben Gegenwind, und es könnte sein, dass aus dem Gegenwind ein Sturm wird.

w.f.

## Schulbudget für „Eigenverantwortliche Schulen“

### Erster Schritt in Richtung Billigmarkt für Lehrerstunden?

Seit 1. Januar 2008 verfügen alle niedersächsischen Schulen über ein eigenes Basisbudget aus Landesmitteln. Über die Verwendung des Geldes entscheidet der Schulvorstand.

Das Basisbudget umfasst die bisherigen Einzelbudgets für Schulinterne Lehrerfortbildung (SchILF) und Schulfahrten. Gemäß Erlass vom 14.12.2007 wird die Höhe des jeweiligen Basisbudgets gestaffelt nach je zehn sogenannten Vollzeitlehreereinheiten (VZLE) berechnet. Eine VZLE ergibt sich aus der an der jeweiligen Schule geltenden Regelstundenzahl. Für die ersten zehn VZLE gibt es je VZLE 250 Euro, bis 20 jeweils 210, bis 30 jeweils 170, bis 40 jeweils 130 und ab 40 jeweils 90 Euro.

Ein erhöhtes Budget erhalten z. B. Ganztagschulen, die

Lehrerstunden kapitalisiert haben. Die Verteilerschlüssel für das erhöhte Budget werden gesondert vom Kultusministerium festgelegt und den Schulen mitgeteilt.

### Was muss bezahlt werden?

Laut Erlass ist das Budget für alle Landesaufgaben bestimmt, insbesondere für die Qualifizierung und unterrichtsbezogene Maßnahmen einschließlich der Fortbildung der Eltern- und Schülervertretungen in den Schulvorständen, Mehrarbeit, Arbeitsverträge mit Pensionären und Erhöhung der Arbeitszeit von Teilzeitkräften. Zu den mindestens wahrzunehmenden Aufgaben gehören an

→

allen Schulen die Finanzierung der Reisekosten (Durchführung von Schulfahrten im Inland und Studienfahrten) und die Übernahme der Kosten für die schulinterne Fortbildung. Schulen, die ein erhöhtes Budget erhalten, leisten aus dem Budget zusätzlich Ausgaben z. B. für den Ganztagsbetrieb (Beschäftigung von außerschulischen Fachkräften im Rahmen von befristeten freien Dienstleistungsverträgen, Mittel für Kooperationsverträge zur Einrichtung ganztagspezifischer Angebote). Die Verantwortung für die Bewirtschaftung und die Einhaltung des Budgets im Rahmen der inhaltlichen Vorgaben liegt bei der jeweiligen Schule. Ein Erlass mit Vorschriften zur Führung von Girokonten durch die Schulen steht noch aus. Im Haushaltsplan ist festgehalten, dass 90 Prozent der am Ende des Haushaltsjahres von der Schule nicht verbrauchten Mittel (Ausgabenreste) automatisch in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

### Das Geld ist schnell ausgegeben

Auf den ersten Blick ein tolles Angebot - 14.000 Euro als Basisbudget für ein großes Gymnasium. Aber was muss davon alles bezahlt werden? Früher gab es zahlreiche Fortbildungsangebote, die z. B. das Land oder die regionalen Fortbildungszentren im Wesentlichen unentgeltlich angeboten haben. In Zukunft müssen die Kosten aus dem Budget der Schule bezahlt werden. Fortbildung ist auf dem Markt einzukaufen. Da kann sehr schnell ein vierstelliger Betrag fällig werden, wenn z. B. mehrere Fachgruppen einer Schule Fortbildungsangebote zur Entwicklung der Unterrichtsqualität in Anspruch nehmen wollen oder auch Fahrtkosten zu Veranstaltungen zu erstatten sind. Ein neuer Posten kommt auf alle Fälle hinzu: Die Schulung der Vertreter/innen der Eltern und Schüler im Schulvorstand, auf die im Budget-Erlass direkt hingewiesen wird. Ein Fortbildungswochenende kann da ohne Weiteres mit 1.000 Euro zu Buche schlagen.

### Erheblicher Verwaltungsaufwand

Es zeigt sich schon jetzt, dass der Aufwand zur Verwaltung des Budgets erheblich ist. An Gymnasien und Ge-

samtschulen z. B. sollen Lehrkräfte nebenamtlich eingestellt, Unterrichtsstunden aufgestockt, Mehrarbeit angeordnet und Arbeitszeitkonten abgebaut werden. Nebenbei ist ein Kooperationsvertrag abzuschließen für den Ganztagsbetrieb und demnächst sind wieder Einstellungsgespräche zu führen. Welche Regelung gemäß TV-L (ca. 180 Seiten) gelten eigentlich für den Angestellten-teilzeitvertrag? Die Landesschulbehörde ist in der Pflicht, die Schulen durch Fortbildungen zu informieren. Wer kann das wann leisten? Das NLBV berichtet von hohem Informationsbedarf der Schulen in haushaltsrechtlichen und buchungstechnischen Fragen. Auch hier ist die Personaldecke äußerst dünn. Viele neue Aufgaben, wenig bis gar keine Ressourcen! Unabhängig von einer grundsätzlichen Kritik: Die Budget-Umstellung ist von der Landesregierung fahrlässig schnell verordnet und miserabel vorbereitet worden.

### Budgetierung fördert „Billigstunden“

Wohin die Budget-Reise letztendlich gehen kann, zeigen zwei aktuelle Beispiele.

Das MK stellt seit Anfang des Jahres zur Förderung des ersten G 8-Jahrgangs und zur Überbrückung der Unterrichtsversorgung ein Zusatz-Budget bereit, mit dem Schulen Stundenerhöhungen von im Schuldienst befindlichen Lehrkräften oder Abschlüsse von befristeten Verträgen finanzieren sollen.

Beides läuft im Wesentlichen darauf hinaus, dass eine solche Unterrichtsstunde geringer besoldet wird als eine normale. Eine übers Budget finanzierte Mehrarbeitsstunde ist z. B. gut ein Drittel billiger.

Die ab dem kommenden Jahr genehmigten Ganztagschulen bekommen als „Ganztagszuschlag“ nicht mehr Lehrerstunden, sondern nur noch Budgetmittel zugewiesen. Das hat im Wesentlichen zwar haushaltstechnische Gründe, wird aber eine ähnliche Wirkung haben. Es werden keine voll ausgebildeten Lehrkräften auf normal besoldete Stellen eingestellt, sondern vermehrt prekäre Arbeitsverhältnisse geschaffen. Wird hier ein zweiter Arbeitsmarkt für die Lehramtsstudenten/innen geschaffen, die nur den Bachelor-Abschluss vorweisen können?

hs



## **Wir fordern ein Sofortprogramm!**

**Statt unverbindlicher Ankündigungen und vager Versprechungen brauchen wir Taten!  
Jetzt! Sofort! Wir fordern von der neuen Landesregierung eine sofortige Kurskorrektur!**

- Stopp der Umverteilung von Verwaltungsarbeit auf die Schulen.
- Gute Bildung braucht Zeit. Ausreichende Stunden bis zum Abitur für Schülerinnen und Schüler – kleinere Klassen und Lerngruppen und die Schulen entscheiden, ob als Förder- oder Unterrichtsstunden.
- Deutliche Erhöhung der Entlastungsstundentöpfe – zusätzliche Arbeit erfordert zusätzliche Stunden.
- Senkung der Obergrenzen für Klassen und Kurse – keine Klasse mit mehr als 25, kein Kurs mit mehr als 18 Schülerinnen bzw. Schülern. Dafür werden Lehrkräfte benötigt und auf Vollzeitstellen eingestellt – keine Jobber mit Stundenverträgen.
- Jede Schule braucht die räumliche Ausstattung und die zusätzlichen Lehrerstunden einer Ganztagschule – das Land finanziert das Programm.
- Gutes Geld für gute Arbeit – Teilhabe am Aufschwung durch Lohnerhöhungen und die Wiedereinführung von Weihnachts- und Urlaubsgeld in alter Höhe. Die beste Werbung für den Lehrerberuf sind attraktive Arbeitsbedingungen, nicht Werbekampagnen.
- Sofortige Ausweitung der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren – mehr Stellen für Ausbilderinnen und Ausbilder und Referendarinnen und Referendare.
- Verlängerung des Altersteilzeitmodells zu den bisherigen Konditionen – Wahl zwischen Teilzeit- und Blockmodell – sofortige Abschaffung des verpflichtenden Arbeitszeitkontos.

Beschluss der Jahreshauptversammlung der GEW-Fachgruppe Gymnasien vom 29. Februar 2008



Das Team der GEW - einige der Kandidatinnen und Kandidaten der Fachgruppe Gymnasien, die für die Personalräte bei der Landesschulbehörde (SBPR) und beim Niedersächsischen Kultusministerium (SHPR) kandidieren.

Von links: Nina Pieper-Bagehorn, Barbara Hallerbach, Gert Kannenberg, Gunnar Benzing, Lars Petersen, Britta Bliener, Lothar Wehlitz, Henner Sauerland, Paul Schubert, Christina Sommer, Pia Renner, Kerstin Harjes, Gesine Luckmann, Dirk Schöler, Ehrenfried Herrmann, Jürgen Reuter, Elke Moeken, Sabine Nolte, Justus Goldmann, Angelika Engelhard, Gisela Koeneke, Peter Jahnke, Friedhelm Hollmann

## **Anmerkungen zum Recht auf Bildung**

oder:

### **Humboldt ist aktuell**

Schule ist Thema wie nie zuvor. Die Debatte spielt sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Privaten eine große Rolle. Eine ernst zu nehmende Kritik an den derzeitigen Schulreformen findet sich bei denen, die nach wie vor in der Humboldtschen Tradition argumentieren. Dieser Bildungsbegriff beinhaltet eben ein Programm der Selbstbildung des Menschen, eine Formung und Entfaltung von Körper, Geist und Seele, von Talenten und Begabungen, die den Einzelnen zu einem selbstbewussten Teilnehmer am Gemeinwesen und seiner Kultur führen sollen. Es geht um das autonome Denken, die Entwicklung von Reflexionsfähigkeit, die sich mit unserem überlieferten

Wissen kritisch auseinandersetzt. Es geht um die Entfaltung der Persönlichkeiten, deren künftiges Handeln wirklich von Verantwortung bestimmt sei und sich nicht ausschließlich am „shareholder“ orientiere. Das Diktat der aktuellen Verwertbarkeit und der Interpretation von Daten für kurzfristige Verwertbarkeit verbiete sich bei der Gestaltung von Bildungsprozessen von selbst, denn es geht um das Erkennen, Verstehen und Begreifen der Welt (Liessmann, Philosoph).

Die PISA-Ergebnisse seien sicher erschreckend, aber man habe vorschnell Konzepte verordnet, die unter dem Begriff der Output-Steuerung zusammengefasst →

wurden: Kompetenzformulierungen (was immer genau unter Kompetenzen zu verstehen ist!), und zentrale Überprüfungen, Eigenverantwortliche Schule, Formulierung von Schulprogrammen und Leitideen und hieraus deduzierte Optimierungen, Qualitätsentwicklung und Evaluation/Controlling - Schule als Unternehmen. Die Kritik daran, dass man bei Kompetenzmessungen gut da stehen müsse und diese zum wesentlichen Maßstab guter Schule werden, sei evident. Denn wo blieben die sinnvollen Inhalte, deren Ergebnisse messungstechnisch nicht erfasst werden könnten, die Möglichkeiten für Umwege und Seitenwege, das Eingehen auf individuelle Interessen und individuelle Voraussetzungen. Schule brauche „... Zeit, das (sei) Wiederholung, das (sei) liebevolle Zuwendung. Für sie brauche der Lehrer psychische Kraft. Das (sei) eine andere Professionalität als (die) von der neuen Schule propagierte.“ (Lühmann, Gymnasialdirektor Berlin)

Diese klassische Denkausrichtung enthält nach wie vor sinnvolle Orientierungen und Optionen, die durch die betriebswirtschaftlichen Orientierungen völlig verloren zu gehen drohen. G8 zeigt schließlich die Verstiegenheit, den Output fächerspezifisch zu hoch anzusetzen und es den Lehrerinnen und Lehrern zu überlassen, die Ziele zu erreichen, ohne dass überhaupt ein realistischer Blick auf heutige Schülermentalitäten erfolgt und ohne dass ausreichend berücksichtigt wird, was Schülerinnen und Schüler entsprechend des Entwicklungsstandes ihres Alters überhaupt lernen können. In „Gymnasium Aktuell“ des Philologenverbandes vom Dezember 2006 findet sich eine ernsthafte Auseinandersetzung mit heutigen Entwicklungen unter dem Titel „Gymnasiale Bildung ist mehr als PISA“: „Wir kämpfen gegen einen verengten Bildungsbegriff, wir kämpfen gegen einen Bildungsprozess, der per Definition durch seine unmittelbare Nützlichkeit, die Brauchbarkeit des Gelernten legitimiert wird, durch vordergründige Alltagstauglichkeit und ökonomische Verwertbarkeit. Unser Bildungsbegriff umfasst mehr als Können und Fertigkeiten, mehr als die in der Bildungsdiskussion so arg strapazierten ‚Kompetenzen‘. Wir wollen gymnasiale Bildung als ganzheitliche Persönlichkeitsbildung verstanden wissen.“ In den letzten beiden Ausgaben von „Gymnasium Aktuell“ (November 2007/ Januar 2008) allerdings wird deutlich, wie sehr beim Philologenverband eine Annäherung an den jetzigen schulpolitischen Kurs unserer Landesregierung stattgefunden hat. Kleine Abfederungsversuche der derzeitigen Dilemmasituationen wurden als große Erfolge herausgestellt, und der Minister erhielt dafür großen Beifall. Und natürlich wird polemisiert (allerdings flach!) gegen die „rot-grüne Einheitsschule“. Zu entwickeln wären doch aber Vorstellungen darüber, was das humanistische Bildungsideal heute bedeuten kann und wie die schulischen Rahmenbedingungen ge-

staltet werden müssen, um diese umzusetzen.

Wir allerdings bleiben bei unserem sachlichen Stil, mischen uns weiter ein und bemühen uns um konstruktive Beiträge, wobei wir uns tatsächlich der Tradition Humboldts verpflichtet fühlen.

Unsere Arbeit zeigt:

- Wir vertreten qualifiziert die Interessen von Kolleginnen und Kollegen und bemühen uns um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.
- Wir bemühen uns um die Entwicklung von Konzepten, damit sozial benachteiligte Kinder wirklich Chancen haben, auch am Gymnasium. Und eine gymnasiale Oberstufe (deren Strukturen allerdings zur Disposition gestellt werden müssen) stellt niemand in Frage!
- Wir versuchen einzugreifen in die Entwicklung von Steuerungsmodellen für Schulen, die Schulleitungen und Kollegien nicht überfordern und funktional an „Grammatiken“ von Non-Profit-Organisationen orientiert sind.
- Schule ist Lern-, Arbeits-, Lebens- und Erprobungsraum (auch für demokratische Lebensformen!) für Schülerinnen und Schüler. Wir suchen nach produktiven Weiterentwicklungen, stellen bereits gelingende neue Alltagspraxis vor und kämpfen gegen Vorstellungen, dass sich gute Schule allein durch gute Ergebnisse bei zentralen Leistungsüberprüfungen ergibt.
- Wir treten dafür ein und bemühen uns darum, dass didaktisch-methodisch Lernformen und -inhalte angeboten werden, die heutige Schülermentalitäten berücksichtigen und an altersspezifischen Erkenntnismöglichkeiten ausgerichtet sind. In diesem Zusammenhang ist überhaupt erst einmal zu klären, was der „Kompetenzbegriff“ eigentlich beinhalten soll und welche Handlungsoptionen er ermöglicht. Der Kontext des Humboldtschen Bildungsbegriffs und die Ausrichtung an Qualitätsanforderungen der Wirtschaft schließen sich dabei nicht aus.

Werner Fink

